

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

05.10.2022 – 07.10.2022

## **MdL Jeannine Rösler**

TOP 1

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Thema

### **Aktuelle Situation der Energieversorgung**

In Verbindung mit:

Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

### **Verlässliche Antworten für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern:**

#### **Entlastungspaket konkretisieren, beschleunigen und ergänzen**

- Drucksache 8/1356 -

in Verbindung mit:

Antrag der Fraktion der AfD

#### **Energieversorgung sichern – Nord Stream 2 öffnen**

- Drucksache 8/1351 -

in Verbindung mit:

Antrag der Fraktion der CDU

#### **Energiekrise abwenden – Zielgenaue Maßnahmen umgehend umsetzen**

- Drucksache 8/1406 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Politik muss handeln – erst recht in Zeiten der Krise!

Deshalb ist es gut, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, und das gesamte Regierungsteam einschließlich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit Wochen und Monaten das tun, was in dieser Zeit zu tun ist: Erstens die Probleme aufnehmen, zweitens sich mit allen Akteuren abstimmen, was getan werden muss, um die Probleme zu lösen und drittens vom Bund, aber auch auf der europäischen Ebene pragmatische Lösungen einfordern. Sie machen sich stark und treffen auch im Rahmen der eigenen Möglichkeiten Vorsorge und Maßnahmen. Diese Landesregierung hat klug und weitsichtig gehandelt, als sie der Bundesratsinitiative von Bremen zur Abschöpfung von Übergewinnen beigetreten ist. Was wurde angesichts dieses Vorschlags nicht alles heraufbeschworen. Eine Übergewinnsteuer sei populistisch und unrealistisch, würde der Willkür Tür und Tor öffnen. CDU-Chef Merz war sich ganz sicher und sagte: „Das wird nie kommen!“. Und heute wissen wir, das Thema „Übergewinne abschöpfen“ ist kein Tabu mehr. Und das ist auch richtig so! Selbst FDP-Chef Lindner sieht – unter Druck geraten – offenbar ein, dass ein Teil der Riesen-Profite, nun doch für die Allgemeinheit ganz hilfreich wäre. Diese Landesregierung handelt verantwortungsvoll und holt Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen und Sozialverbände mit ins Boot. Gemeinsam ging das klare Signal an den Bund, was wir dringend brauchen: erstens einen Energiepreisdeckel und zweitens weitere wirksame Entlastungsmaßnahmen für alle Bereiche. Einig waren sich alle

auch darin, was wir zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht brauchen: die Schuldenbremse. Denn auch das Land muss in dieser Notlagesituation handlungsfähig sein und handlungsfähig bleiben. Das wird von uns zurecht erwartet.

Meine Damen und Herren,

ich habe keinen Zweifel, dass die Probleme, die uns alle umtreiben, zu bewältigen sind. Entscheidend ist, sie nachdrücklich anzupacken, damit allen betroffenen Menschen, den kleinen und mittleren Unternehmen und den Kommunen geholfen wird. Dieses beherzte und kluge Anpacken vermischen wir von der Bundesebene. Die Ampel bleibt noch immer wichtige Antworten schuldig.

Aber: Politik muss handeln. Sie darf nicht zögern, nicht zaudern und nicht jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf zu treiben. Die Wochen gingen mit viel Ampelstreit ins Land, die Hiobsbotschaften häufen sich. Hilferufe aus der Wirtschaft, vom Handwerk und Handel, von den Sozialverbänden, den Mieterorganisationen, von den Tafeln und Krankenhäusern und vielen weiteren werden laut und lauter. Landauf, landab brechen sich Sorgen und Zukunftsängste Bahn. Immer mehr Haushalte sind am Verzweifeln, wie sie die horrenden Rechnungen bezahlen sollen. Es drohen Strom- und Gassperren. Und wenn die Miete nicht mehr gestemmt werden kann, besteht die Gefahr, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Kleinen Unternehmen geht die Puste aus. Selbst mittlere Betriebe machen sich große Sorgen, denn sie alle tragen Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien.

**Meine Damen und Herren,**

**bereits heute ist die Not groß, werden die Tafeln förmlich überrannt. Diese können den Ansturm nicht mehr bewältigen, viele Menschen nicht mehr mit Lebensmitteln versorgen und müssen etliche Bedürftige schweren Herzens mit leeren Händen wieder wegschicken.**

**Nicht nur aus meiner Sicht ist das ein Angriff auf die Menschenwürde, die doch unantastbar ist, wie es im Grundgesetz an oberster Stelle heißt. Und ich frage mich: Wo sind die Wohlstandsgewinne und der Reichtum in Deutschland? Große Teile der Bevölkerung gehen leer aus, obwohl sie sich tagtäglich krumm machen oder ihr Leben lang geschuftet haben.**

Und wie soll ein Mensch, der etwa wegen einer Behinderung nicht erwerbsfähig ist und Grundsicherung von knapp 450 Euro bezieht, monatlich 20 Euro mehr für Strom bezahlen? Das geht nicht. Aber bis zum Jahresende gibt es für diese Menschen keinen Cent zusätzliche Hilfe. Da muss Politik viel schneller handeln und wirklich alle in den Blick nehmen.

Meine Damen und Herren,

während andere europäische Länder längst einen Energiepreisdeckel eingezogen haben und zu dessen Finanzierung Übergewinne abschöpfen, blockierte sich die Ampel mit dem immer gleichen Hinweis vonseiten der FDP, die Schuldenbremse müsse eingehalten werden.

Es ist aus politischer, sozialer und ökonomischer Sicht zwingend erforderlich, dass diese heilige Kuh endlich geschlachtet oder zumindest ausgesetzt wird. Alles andere ist fahrlässig, gefährdet Existenzen und nicht zuletzt die Demokratie.

Sie werden sagen, die Bundesregierung hat doch reagiert. Und ja, es ist richtig und wichtig, sie hat Entlastungspakete in erheblichem Umfang geschnürt! Für viele Menschen kommt diese Hilfe aber spät, teils auch zu spät und ich fürchte, sie reicht nicht aus. Wir sind froh, dass die unsägliche Gasumlage endlich vom Tisch ist. Erst das ewige Hin und Her, dann die Ankündigung, dass sie ab Oktober kommen soll, hatte zusätzlich für Unruhe gesorgt und Ängste geschürt. Dieses Ampelflackern, das Chaos und die Aufregung wären wirklich vermeidbar gewesen. Wir sind ebenso froh, dass Gas- und Strompreise gedeckelt werden sollen. Aber hier muss endlich Gewissheit her. Die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, die Länder und Kommunen müssen doch endlich wissen, womit sie zu rechnen haben.

Politik muss handeln. Privathaushalte sind bei der Gas- und Stromversorgung abzusichern – mit einem angemessenen Basisbedarf, aber auch Anreizen zum Sparen. Das ist doch gar keine Frage! Zynische Hinweise, dass morgendliches kaltes Duschen munter macht, sind allerdings an dieser Stelle nicht angebracht.

Energiesperren sind gesetzlich zu verbieten, denn niemand und schon gar nicht Kinder sollten in einer kalten, dunklen Wohnung sitzen müssen. Wohnungskündigungen müssen zumindest ausgesetzt werden.

Nicht zuletzt brauchen Kleine und Mittlere Unternehmen die erforderliche Unterstützung, damit sie die Krise überstehen. Und hier sehen wir auch im Kurzarbeitergeld ein ganz wichtiges Instrument.

200 Mrd. soll das neue Paket des Bundes kosten. Das ist kein Pappenstiel.

Aber es ist bezahlbar, der Bund nimmt dafür neue Kredite auf. Dagegen ist nichts zu sagen. Doch auch den Bundesländern muss dieses Recht eingeräumt werden.

Ihre finanziellen Spielräume sind gleich null. Wir als Land sind ja auch gefordert und mit im Boot, wenn es um die Finanzierung geht. Und deshalb muss der Bund den Ländern und Kommunen entgegenkommen. Von den insgesamt 295 Mrd. aus den Paketen will der Bund maximal 250 Mrd. tragen. Mit anderen Worten, die Länder müssen mindestens 45 Mrd. Euro aufbringen. Das können sie nicht!

Sie brauchen dringend Entlastung, in dem das Wohngeld und auch die Wohnkosten in der Grundsicherung vollständig vom Bund übernommen werden. Und auch beim Nahverkehr muss es um deutlich mehr Regionalisierungsmittel gehen. Der Abwehrschirm des Bundes und die Anstrengungen der Länder kosten Geld, viel Geld. Wir bleiben dabei, dass ein Teil davon, auch dort abgeholt werden muss, wo es üppig vorhanden ist. Es gibt Vorschläge von Gewerkschaften, von uns LINKEN, von SPD und Grünen – alle nicht neu, aber mit der FDP nicht umsetzbar. Aber wann, wenn nicht jetzt – in Zeiten der Krisen – sollten riesige Vermögen endlich besteuert oder zumindest mit einer Abgabe belegt werden?

Wann, wenn nicht jetzt sollte von den reichsten acht Prozent der Bevölkerung ein angemessener Teil zur Finanzierung der Notlage herangezogen werden?

**Vergessen ist offenbar auch die grundgesetzliche Verankerung, dass Eigentum verpflichtet. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ So heißt es da in Artikel 14.**

**Eine solche einmalige Abgabe brächte übrigens mindestens just 200 Mrd. Euro – und schon wären diese Schulden, die jetzt der Allgemeinheit aufgebürdet werden, gar nicht nötig.**

**Es ist doch schier unfassbar, dass es in Deutschland immer noch nicht möglich sein soll, die Belastungen gerecht zu verteilen.**

**Aber genau darauf kommt es an – für einen solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.**